

## Stellungnahme zum Beschluss der 9.PV-Tagung zur Auflösung des Bezirks Südbayern

Die DKP Minden lehnt den Beschluss zur Auflösung des Bezirks Südbayern entschieden ab und fordert dessen Rücknahme.

Dieser Beschluss wird die Existenzkrise der DKP vertiefen, weil wir weitere Genossinnen und Genossen verlieren werden, insbesondere solche, die in Betrieb und Gewerkschaft oder in gesellschaftlichen Bewegungen und Bündnissen aktiv sind.

Die Meinungsvielfalt auf dem Boden gemeinsamer Grundüberzeugungen über die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei ist breiter als es in der vereinfachten Darstellung von „Mehrheit“ und „Minderheit“ im PV zum Ausdruck kommt. Dabei kommen die wirklichen Angriffe auf das Selbstverständnis und die strategischen Grundlagen der DKP aus der ultralinken Richtung.

Hintergrund der Differenzen sind verschiedene Lagebeurteilungen und daraus abgeleitete politische Konsequenzen, unsere mangelnde Massenverankerung und verschiedene Suchbewegungen, wie die Krise zu bewältigen ist. Mit dem Parteiprogramm von 2006 gelang es, sehr große Teile der Partei zusammenzuführen. Der PV hat nach unserer Auffassung die Aufgabe, das fortzuführen, die verschiedenen Erfahrungen auszuwerten und zu verallgemeinern; er hat neben der orientierenden Funktion auch die Aufgabe der Moderation.

Das Ausnutzen veränderter Mehrheitsverhältnisse im Parteivorstand, um andere Sichtweisen nun endgültig auszugrenzen, ist kontraproduktiv. Damit wird das Tor für weitere Spaltungen aufgetan.

Der Beschluss zur Auflösung einer Bezirksorganisation ist ohne Beispiel in der Geschichte der DKP. Selbst in Zeiten viel massiverer interner Konflikte wurde ein solches administratives Mittel nicht angewendet.

Die Vorwürfe gegen den Bezirk Südbayern rechtfertigen in keinsten Weise diese Maßnahme. Sie ist ein Missbrauch des Statuts.

Unterschiedliche Beantwortungen der Wahlfrage sind für eine derartige Maßnahme untauglich. Hierbei handelt es sich nur um eine taktische Frage und zudem kann wohl niemand behaupten, dass von der Kandidatur zur Bundestagswahl das Schicksal unserer Partei abhängt.

Nimmt man den Wortlaut des vom letzten Parteitag beschlossenen Antrags zur Bundestagswahl 2017, so stellen sich ganz andere Fragen: Welche Anstrengungen hat der PV unternommen, um die dort beschlossene Debatte mit Bündnispartnern zu führen „wie die Bundestagswahlen 2017 zu einem Beitrag zur Stärkung der Friedens- und antifaschistischen Bewegung gemacht werden können“? Welche Gespräche wurden mit wem geführt?

Nach unserem Eindruck wird versucht, ein zentralistisches Parteikonzept durchzusetzen. Das wird uns nicht aus der Krise führen, sondern sie verstärken. Es geht um die Bewahrung der DKP und ihrer noch vorhandenen reichhaltigen Erfahrungen. Sie sind für die kommenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unverzichtbar. Und nur diese gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bieten die Grundlagen zur Klärung der heute umstrittenen Fragen.

DKP Minden, den 15.7.2017.  
(Einstimmig)